



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Die Gemeinde – immer noch eine Schule der Demokratie?

Kübler, Daniel

Abstract: Das politische Engagement, ob nun an der Gemeindeversammlung oder in kommunalen Exekutivämtern, fällt nicht vom Himmel. In letzter Zeit scheint Sand ins demokratische Getriebe der Schweizer Gemeinden geraten zu sein. Die Bürgerbeteiligung in den Gemeinden ist abnehmend.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-104981>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Kübler, Daniel. Die Gemeinde – immer noch eine Schule der Demokratie? In: Neue Zürcher Zeitung, 72, 27 March 2014, 21.

Die Gemeinde – immer noch eine Schule der Demokratie?

Das politische Engagement, ob nun an der Gemeindeversammlung oder in kommunalen Exekutivämtern, fällt nicht vom Himmel.

In letzter Zeit scheint Sand ins demokratische Getriebe der Schweizer Gemeinden geraten zu sein. Die Bürgerbeteiligung in den Gemeinden ist abnehmend. Von Daniel Kübler

Vom französischen Politiker Alexis de Tocqueville stammt das Bonmot von den Gemeinden als «Schulen der Freiheit», die den Bürgersinn hervorbringen. In der Gemeinde erfahren Bürgerinnen und Bürger Politik und Demokratie am unmittelbarsten. Die Gemeindebehörden sind die ersten Anlaufstellen in vielen Lebenslagen – für die Registrierung der Geburt, beim Eintritt in die Schule, für die Heirat, das Bezahlen von Steuern. Oft beginnt in der Gemeinde, was in die Welt strahlt: Viele Politikerlaufbahnen im In- und Ausland beginnen in einer Gemeinde. In den meisten Ländern bringt die Bevölkerung den Gemeindebehörden mehr Respekt und Vertrauen entgegen als den höheren Staatsebenen – ganz besonders in der Schweiz.

Interesse an Gemeindepolitik schwindet

In letzter Zeit scheint aber Sand ins demokratische Getriebe der Schweizer Gemeinden geraten zu sein. In den 1990er und 2000er Jahren war die Frage der Leistungsfähigkeit der Gemeinden das brennende Thema. Von Überforderung war die Rede, von Leistungsgrenzen und, als Gegenmittel, von Verwaltungsreformen wie New Public Management. Heute hingegen werden in vielen Gemeinden vor allem Demokratieprobleme beklagt. So ist etwa die Beteiligung an Gemeindewahlen kontinuierlich zurückgegangen, auch die Beteiligung an Gemeindeversammlungen nimmt ab. Eine Erhebung des Zentrums für Demokratie Aarau im Kanton Zürich hat gezeigt, dass sich durchschnittlich nur fünf Prozent der Stimmberechtigten an Gemeindeversammlungen beteiligen. Dabei ist die Bandbreite gross: In kleinen Gemeinden ist die Beteiligung tendenziell hoch, während sie in den grossen Gemeinden unter einem Prozent liegt. Im Unbehagen über die tiefe Beteiligung versuchen einige Gemeinden, mit unkonventionellen Mitteln ihre Bürger an die Versammlungen zu locken: mit Badi-Eintritten, Bibliotheksgutscheinen, Apéros, Abendessen oder Geld für Babysitter, aber auch mit Show-Auftritten von Breakdancern, Zauberkünstlern oder Komikern.

Dennoch sind die Gemeindeversammlungen nach wie vor legitime Gremien. Höchst selten nur werden Beschlüsse von Gemeindeversammlungen in nachträglichen Urnenabstimmungen umgesetzt. Ausserdem sind sie ein Ort, wo intensiv über Politik gestritten wird. Wichtiger als die Höhe der Beteiligung ist die Vielfalt der Meinungen und Interessen, die an Gemeindeversammlungen vertreten werden. Natürlich hängt das eine mit dem anderen zusammen: Wenn sich nur noch ein einziger Stimmberechtigter an der Versammlung einfindet – wie im Sommer 2013 in einer Berner Gemeinde –, gibt es nicht mehr viel zu diskutieren.

Zur politischen Beteiligung gehört auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung. Demokratische Selbstverwaltung bedingt, dass «normale» Bürgerinnen und Bürger Ämter und Pflichten übernehmen. In den etwa 2500 Schweizer Gemeinden gibt es insgesamt rund 15 000 Sitze in Exekutiven. Dazu kommen zirka 25 000 Ämter in Schulpflegen, Sozialbehörden sowie obligatorischen Kommissionen. In kaum einem anderen Land gibt es auf Gemeindeebene so viele Exekutivämter. Die Bürger sind also stark gefordert, vor allem in kleineren Gemeinden. In Gemeinden mit bis zu 100 Einwohnern müssen rund zehn Ämter besetzt werden. Mehr als ein Zehntel der Stimmberechtigten muss sich zur Verfügung stellen. Ab einer Einwohnerzahl von 5000 müssen rund 60 Ämter besetzt werden; das sind immer noch mehr als ein Prozent. Die allermeisten dieser Ämter werden im Milizsystem ausgeübt, also neben Beruf und Familie. Es überrascht nicht, dass die Suche nach geeigneten Personen nicht ganz einfach ist. Dies nicht zuletzt auch deshalb, weil die Wertschätzung gegenüber Amtsträgern stark zurückgegangen ist. Gemäss dem Gemeindemonitoring der Universität Bern beklagen fast zwei Drittel aller Schweizer Gemeinden grosse Schwierigkeiten, genügend Kandidaten zu finden. Als Folge davon gibt es bei rund der Hälfte der Gemeindewahlen in der Schweiz genauso viel Kandidierende, wie Sitze zu vergeben sind. Und in jeder zwanzigsten Gemeinde kommt es zur Wahl von Personen, die gar nicht offiziell kandidiert hatten. Besonders ausgeprägt gilt dies für die kleineren Gemeinden.

Politisierung der Gemeindepolitik

Viele Kantone und Gemeinden versuchen deshalb, die zeitliche Belastung für Milizpolitiker zu verringern; etwa indem die Verwaltung mehr operative Aufgaben übernimmt. Die Politiker können sich dann auf die strategischen Entscheidungen konzentrieren. Solche Reformen sind – unter gewissen Rahmenbedingungen – sicher sinnvoll. Ob sie die Demokratieprobleme der Gemeinden langfristig lösen können, ist jedoch unklar.

Denn die Ursachen liegen tiefer. Gemeindepolitik wird weitherum als unpolitisch wahrgenommen, vor allem in den kleineren Gemeinden. Diese «Entpolitisierung» könnte eine Folge vergangener Reformdiskussionen sein, bei denen es vor allem um Leistungsfähigkeit und Effizienz ging, weniger um Politik. Politische Gruppierungen haben in den Schweizer Gemeinden denn auch einen schweren Stand. Die Anzahl Lokalparteien hat seit der Jahrtausendwende drastisch abgenommen.

Der Bedeutungsverlust der lokalen Parteien ist fatal für die politische Beteiligung. Das politische Engagement – ob an der Gemeindeversammlung

oder in Exekutivämtern – fällt nicht vom Himmel. Politische Netzwerke stellen den Austausch von Informationen sicher und ermöglichen die Meinungsbildung. Sie sind auch die Mechanismen, über die geeignete Personen für politische Ämter identifiziert und zur Kandidatur motiviert werden können. Politische Netzwerke aber leben von der politischen Auseinandersetzung. Ohne Kontroversen trocknen sie aus. Es ist höchste Zeit, die Gemeindepolitik stärker zu politisieren.

Daniel Kübler ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie Aarau (ZDA). Der vorliegende Beitrag ist eine gekürzte Fassung seines Vortrags an den 6. Aarauer Demokratietagen vom 27./28. März 2014.